Einzelpreis 20 Pfennig • 3. Jahrgang — Freitag, den 7. Mai 1920 — Nummer 164 ✗ Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 3.50 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Oesterreich 12.50 M., für das übrige Ausland 16.— M. zuzüglich Valutaaufschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 20.00 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 833—36 und 9763.

Inserate kosten die achtgesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 3.20 Mk. zuzügl. 50% Teuerungszuschlag. Familien- und Organisationsanzeigen die achtgesp. Nonpareillezeile 2.40 Mk. netto. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 1.15 Mk., jedes weitere Wort 85 Pfg., zuzügl. 50% Teuerungszuschlag. Stellengesuche, Familien- u. Organisations-Worte-Anzeigen kosten das fettgedruckte Wort 1.15 Mk., jedes weitere Wort 85 Pfg. netto.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.
Fernsprecher: Amt Norden 833—36, Buchhandlung Zentrum 2645, „Freiheit"-Buchdruckerei Zentrum 2030.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die österreichische Sozialdemokratie und der Genfer Kongreß.

Keine Beteiligung.

Wien, 7. Mai.

Die „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht die Antwort des Parteivorstandes der Deutschen Arbeiterpartei Deutschösterreichs auf die Einladung des Internationalen Bureaus in Brüssel zur Beschickung des 10. Internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongresses in Genf am 31. Juli 1920. Der Parteivorstand beschloß, sich an dem Kongreß nicht zu beteiligen. In der Antwort wird betont, daß der Genfer Kongreß kein geeignetes Instrument darstelle, das zur Wiederherstellung der Einheit der Internationale dienen könnte. Die Antwort weist auf die gleichfalls ablehnende Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf dem Leipziger Parteitage und die übliche Stellungnahme der Sozialistischen Partei Frankreichs und der Julikonferenz der Independence Labour Partei Englands hin. Ein Kongreß, wo ganze Länder, wie vor allem Italien und Frankreich, höchstens durch unverantwortliche Persönlichkeiten, nicht aber durch Mandate der Partei vertreten sein würden, könne nicht als zweckdienliches Mittel der Wiederherstellung der internationalen Beziehungen dienen.

Amtsenthebung der Amsterdamer Bureaus der 3. Internationale?

H. N. Haag, 6. Mai.

Wie „Het Volk" hört, erhielt der Amsterdamer Vollzugsrat eine drahtlose Nachricht aus Moskau, die ihn seiner Befugnisse enthebt. Das Dekret kam nicht ganz unerwartet. Es bestehen schon seit geraumer Zeit Meinungsverschiedenheiten zwischen Moskau und Amsterdam. Es handelte sich da nicht nur um grundsätzliche Anschauungen, sondern auch um die in Moskau vorherrschende Unzufriedenheit über Art und Weise, wie ab und zu in Amsterdam bestimmte Geldsummen, Juwelen, Geld- und Silberwerte verwendet werden. Als auf eine Anfrage aus Moskau eine allgemeine Abrechnung nicht das gewünschte Ergebnis hatte, erfolgte die Enthebung aus dem Amte, die sofort in der ganzen Welt bekanntgegeben wurde, um auch die bolschewistischen Agenten in ganz Westeuropa zu warnen.

Wir geben diese Nachricht mit Vorbehalt wieder und werden auf die Angelegenheit zurückkommen, sobald wir das holländische Parteiblatt in Händen haben.

Wurm's Abschiedsbrief.

Am 15. April hat Genosse Wurm an den Genossen Kautsky und an den Genossen Henke, den Vorsitzenden der Fraktion der Nationalversammlung, Briefe gerichtet, in denen er sie von der beabsichtigten Operation in Kenntnis setzte.

In einem Gedenkartikel in der „Bremer Arbeiterzeitung" bringt Genosse Henke den Brief zum Abdruck. Auch wir wollen ihn wiedergeben, weil er das Wesen dieses seltenen Mannes, der noch als Schwerkranker das Interesse der Partei über sein eigenes stellt, treu widerspiegelt. Der Brief lautet:

Liebe Kollegen, soeben komme ich vom Arzt, der mich schon vor einigen Tagen untersucht hat. Heute hat er festgestellt, daß ich mich sofort einer Operation unterwerfen muß. Es hat sich im Darm eine Geschwulst gebildet. Bereits morgen, Freitag, muß ich ins Krankenhaus ... Die Operation findet am Montag statt. Nach der Aussage der Aerzte wird sie voraussichtlich gut verlaufen und mich wieder voll arbeitsfähig machen. Aber — 6 Wochen muß ich mindestens fest liegen! Vergeblich versuchte ich dem Arzt begreiflich zu machen, daß die Operation sich nach den Wahlen auch noch vornehmen ließe und ich jetzt zunächst selbst als Operateur am Krankenbett der Nation meine Pflicht zu erfüllen hätte. Der Herr Professor aber weiß es besser — er befahl mein sofortiges Einrücken zu seiner Armee.

So kann ich Euch jetzt nicht bei der Wahlarbeit helfen, so weh mir das auch tut. Aber ich werde Eurer und der kämpfenden Genossen stets gedenken und mein ganzes Hoffen und Wünschen wird Euch begleiten.

Habt Dank für Eure treue Kameradschaft! Hoffentlich werde ich, wie es der Arzt meint, wieder meine volle Arbeitsfähigkeit erlangen und dann stehe ich wieder in Reih und Glied zu unserer roten Fahne. Auf frohes Wiedersehn!

Herzliche Grüße Euer

Emanuel Wurm.

Mit Recht meint Genosse Henke: „Habt Dank für treue Kameradschaft!" Klingt das nicht wie Todesahnung? Und zeugen deshalb die anderen Worte nicht doppelt für die Tapferkeit unseres Emmo?

*

Die schmerzliche Nachricht vom Heimgange Ihres Herrn Gemahls, des verehrten und lieben Kollegen, hat mich aufs tiefste erschüttert. Zugleich im Namen des Magistrats bitte ich Sie, gnädige Frau, den Ausdruck aufrichtiger und herzlicher Mittrauer entgegennehmen zu wollen. Schwer werden wir die Mitarbeit des tatkräftigen, kenntnisreichen, selbstlosen und warmherzigen Mannes vermissen und stets werde ich der langen Jahre gemeinsamer Arbeit treu und in Ehren eingedenk sein.

Oberbürgermeister Wermuth.

*

Von dem ärztlichen Direktor des städtischen Krankenhauses Moabit, Geh. Med.-Rat, Professor Dr. A. Borchardt, der den Genossen Wurm operiert hat, ging nachfolgendes Schreiben ein:

Hochgeehrte gnädige Frau!

Empfangen Sie mein aufrichtiges und innigstes Beileid bei dem schweren und unersetzlichen Verlust, den Sie durch das Ableben Ihres allverehrten und geschätzten Herrn Gemahls erlitten haben.

Möge Ihnen, hochverehrte gnädige Frau, der Gedanke einigen Trost bringen, daß nichts, was Liebe, Treue und Sorgfalt, nichts, was medizinische Kunst vermag, unversucht blieb, um das Ihnen und vielen anderen so teure Leben zu erhalten.

Möge es Ihnen ein Trost sein, daß es Ihnen vergönnt war, dem Verstorbenen seine Leiden bis zum letzten Moment zu erleichtern und daß der Tod ihn bewahrt hat vor neuen qualvollen Leiden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebenster A. Borchardt.

*

An die Genossin Mathilde Wurm sind noch eine ganze Anzahl Beileidskundgebungen gelangt. So vom Präsidenten der Nationalversammlung Fehrenbach, vom preußischen Kultusminister Hänisch für den Verein Arbeiterpresse, vom Reichsernährungsminister Robert Schmidt im Namen der Unterstützungsvereinigung des Vereins Arbeiterpresse, vom Verband des Sanitäts- und Lazarettpersonals, Ortsgruppe Berlin, von Genossen Dr. Böning im Namen der Angestellten des Landesarbeitsamts für den Bezirk Groß-Berlin, von den Angestellten der Brotversorgung, Abteilung Hauptkassenamt, von Genossen Dr. Weber für die Deputation des städtischen Gesundheitswesens.

Ferner haben noch ihr Beileid ausgesprochen: Herr Dr. Andreas Blunck, Reichsjustizminister; Herr Regierungsrat Hans Goslar, Pressechef der preußischen Staatsregierung; Dozent der Verwaltungsakademie Stadtschulrat Dr. Fischer, Stadtsyndikus Dr. Hirsekorn, Stadtrat Rosenow, Simon (Nürnberg), Reishaus (Erfurt); der Wahlverein der S. P. D. Gera-Reuß.

Die Kabinettsbildung in der Tschecho-Slowakei.

T. U. Prag, 7. Mai.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, gestalten sich die Verhandlungen wegen Umbildung der Regierung auf der Grundlage der Wahlergebnisse ziemlich schwierig. Es ist ausgeschlossen, daß ein rein sozialistisches Ministerium gebildet wird. Andererseits wäre ein Kabinett auf chauvinistischer Grundlage für die Sozialisten unannehmbar. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß die tschechischen Politiker noch zu dem Auskunftsmittel greifen werden, mit den Deutschen einen Pakt zu versuchen. Möglicherweise wird dann ein deutscher Politiker in die tschechische Regierung eintreten.

Bissolati gestorben.

Zürich, 6. Mai.

Der italienische reformsozialistische Parteiführer und Exminister Bissolati ist Donnerstag nachmittag in Rom an einem heimtückischen Halsleiden im Alter von 68 Jahren gestorben.

Bissolati gehörte dem äußersten rechten Flügel der italienischen sozialistischen Partei, der sich bereits ein Jahr vor Kriegsausbruch von der Partei trennte, an. Im Kriege nahm Bissolati eine völlig kriegsfreundliche Haltung ein, die ihn bis zum Minister aufsteigen ließ.

Die deutsche Demokratie.

Mit der deutschen Demokratie ist es eine eigenartige Sache. Solange eine demokratische Partei notwendig gewesen wäre, gab es keine; sie entstand, als durch die Novemberrevolution die wesentlichsten Vorbedingungen zur Volksherrschaft geschaffen waren. Unter dem Gottesgnadensystem Wilhelms II. hatten wir verschiedene liberale Parteien, aber keine von ihnen besaß den Mut, sich zur Demokratie zu bekennen. Sie waren im besten Fall fortschrittlich-konstitutionell, das heißt, sie suchten nach einem für das Parlament möglichst günstigen Ausgleich zwischen den Ansprüchen der Monarchie und denen der Volksvertretung. Schon das Wort Demokratie flößte den braven Bürgern Angst und Schrecken ein, und der von Zeit zu Zeit unternommene Versuch einzelner Idealisten, diese Furcht zu bannen und bürgerliche Elemente um das demokratische Banner zu scharen, blieb immer wieder in den Anfängen stecken. Ueber die Bildung von kleinen und einflußlosen Grüppchen kam man nicht hinaus.

Erst als im November 1918 die reaktionären Gewalten von dem Proletariat hinweggefegt waren, bildete sich eine bürgerlich-demokratische Partei. Die alten Liberalen traten auf den neuen Boden, entfalteten das schwarz-rot-goldene Panier und entwarfen ein Programm, in dem das gefordert wurde, was ohne ihr Zutun erreicht war. Die Gründung war eigentlich ein Treppenwitz der Weltgeschichte.

Aber es stellte sich bald genug heraus, daß nur die Firma, nicht aber der Charakter ihrer Träger sich geändert hatte. Der deutsche Liberalismus hatte sich nur ein neues Mäntelchen um die Schultern gelegt, und seine frisch erworbene demokratische Gesinnung äußerte sich sofort in dem Widerstand gegen die Forderungen der Arbeiterschaft. Dieselben Leute, die es nicht gewagt hatten, dem kaiserlichen Absolutismus die Stirne zu bieten, begeisterten sich jetzt für die allgemeine staatsbürgerliche Gleichheit und entrüsteten sich darüber, daß die Volksbeauftragten ohne Parlament regierten und sich bei ihren Gesetzen und Verordnungen auf das Recht stützten, das ihnen die Revolution gegeben hatte. Sie verlangten die Einberufung des überlebten Reichstags, damit er die Ereignisse vom November nachträglich sanktioniere, und als dieses Begehren keine Erfüllung fand, bestanden sie lärmend auf der sofortigen Wahl der Nationalversammlung. Sie waren plötzlich die entschiedensten Gegner jeder Klassenherrschaft geworden, und, vom Schilde der Demokratie geschützt, wandten sie sich kampfbegeistert gegen die Ansprüche des Proletariats.

Sie hatten dabei das Glück, in der rechtssozialistischen Partei eine starke Unterstützung zu finden. Die Sozialdemokratie vergaß, daß ihre Demokratie ihrem Sinn und Wesen nach etwas ganz anderes sein mußte, als die bürgerliche, und sie sprang mit beiden Füßen auf den Boden eines Programms der formalen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung. So brauchten sich die Liberalen nichts zu vergeben. Sie konnten mit der Sozialdemokratie einen Bund schließen und durften dabei der Ueberzeugung leben, daß ihre Mitwirkung in der Regierung das beste Mittel sei, den Sozialismus hintanzuhalten. Die Koalition machte tatsächlich eine liberale Politik, die durch einige soziale Reformen verziert wurde. Soziale Reformen hatte der Liberalismus ja auch vordem schon gefordert in der Erwägung, daß mit ihrer Hilfe die Risse im kapitalistischen Gebäude zugestopft werden könnten, und daß es so vor dem Zusammenbruch zu bewahren sei.

Nichtsdestoweniger erweckte die Allianz mit der Sozialdemokratie in den Kreisen der linksstehenden Bourgeoisie keine ungetrübte Befriedigung. Die Partei Bassermanns so gut wie diejenige, an deren Spitze die Eugen Richter, Müller-Meiningen und Wiemer gestanden hatten, waren in ihrem Manchestertum allzuheftige Gegner der äußersten Linken gewesen, als daß sie sich nun mit ihr hätten verbünden mögen. Dazu kam, daß die Demokraten in der Hochstimmung der Geburtsstunde eine Reihe der alten Bonzen abgesägt und kaltgestellt hatten. Einige von ihnen traten hinter Herrn Stresemann und sammelten sich in dem Salon der Zurückgewiesenen, in der Deutschen Volkspartei. Andere, denen die Revolution doch zu stark in die Glieder gefahren war, warteten zunächst ab und gaben sich Mühe, die Demokratische Partei in ihrem Sinne zu reformieren, was in der Hauptsache nichts anderes besagte, als daß sie sich selbst wieder Einfluß und ein Mäntchen verschaffen wollten. Da das nicht gelang, entschlossen sie sich in einem Moment, wo sich die Stimmung des Bürgertums allgemein wieder mehr nach rechts zu orientieren schien, der Demokratie den Rücken zu kehren und ebenfalls bei der Deutschen Volkspartei Unterkunft zu suchen.

Der Uebertritt ist mit einigem Applomb vollzogen wor-

den, und die Herren Wiemer und Mugdan haben die Genugtuung, daß man wieder einmal etwas von ihnen redet. Gefolgt sind diesen Führern im Westentaschenformat, soweit in der Oeffentlichkeit bekannt geworden ist, einige Professoren, Hausagrarier, Terrainspekulanten und sonstige Personen, die bei der Verteidigung ihrer heiligsten Güter, der Portemonnaie-Interessen in einer Partei, die an der Seite der Sozialdemokratie marschiert, trotz allem Entgegenkommen des Verbündeten, doch nicht vollständig freie Bahn zu haben fürchteten. Nach außen sieht die Gruppe dieser Ueberläufer einstweilen nicht gar zu imposant aus, aber man darf sicher damit rechnen, daß die Wahlen der Demokratischen Partei noch allerlei unangenehme Ueberraschungen bereiten werden.

Was zurückbleibt wird dann weiter „voll und ganz und unentwegt" in Demokratie machen, die Gleichberechtigung aller Bürger fordern, jede Diktatur, besonders aber diejenige des Proletariats ablehnen, und die Harmonie aller Interessen und aller Klassen predigen. Es wird sich jedoch durch diese starke Betonung der Grundsätze niemand täuschen lassen. Die Partei wird rund und nett eine kapitalistische sein und bleiben, und in der Demokratie, wie sie sie versteht, mit Recht nur das beste und geeignetste Mittel sehen, die bestehende Gesellschaftsordnung zu erhalten. Sie wird mit der Sozialdemokratie gehen, so lange sie dadurch die Erreichung ihres Zieles nicht gefährdet. In dem Augenblick, wo die Radikalisierung der Arbeiterschaft sich auch im Parlament ausdrückt und der Reformismus der Rechtssozialisten einer revolutionären Stimmung Platz macht, wird sie die Freundschaftsbande lösen müssen, wenn sie ihren Anhang im Lande nicht vollends verlieren will.

Aschermittwoch-Stimmung.

Die „Vossische Zeitung" läßt sich von der Frankfurter Presse berichten, daß dort eine Art Aschermittwoch-Stimmung herrsche. Auf allen Gebieten des Warenmarktes sei eine Geschäftsstockung eingetreten, weil das Preisniveau im Zusammenhang mit der Besserung der Valuta erschüttert sei und weil noch niemand wisse, wie weit sich der Abbau der Preise von den Rohstoffmärkten auf die Fabrikate fortpflanzen werde. Für zahlreiche Fabrikate seien die Hersteller noch gar nicht geneigt, die Preise herabzusetzen. Für vereinzelte Metallwaren seien die Preise etwas gefallen, alle anderen Metallwaren aber behalten noch ihren Preis. Für Leder und Schuhe seien Preisherabsetzungen von 40—50 Prozent vorgenommen worden. Aber trotzdem konnten nur ganz geringe Umsätze erzielt werden. In der Lederwaren-Industrie zeigten sich bereits die unheilvollen Folgen der vielgepriesenen Angleichung an den Weltmarktpreis. Sie habe zwar den Händlern und Fabrikanten zunächst riesenhafte Gewinne in den Schoß geworfen, jetzt aber mache sich wieder nach Besserung der Valuta die Tatsache geltend, daß die Industrie ihre Konkurrenzfähigkeit im Auslande eingebüßt habe. Niemand könne voraussehen, wie weit sich der Preissturz jetzt fortpflanzen werde und niemand wisse, ob nicht noch einmal eine Epoche neuer Preissteigerungen folgen werde.

Es wäre trotz dieser und ähnlicher Nachrichten übertrieben, von einer Krise in der gesamten Produktion zu sprechen. Es handelt sich vorläufig nur darum, daß große Mengen von Waren in der Hoffnung gekauft und aufgestapelt worden sind, mit ihnen noch größere Gewinne als bisher zu erzielen. Der durch die geringe Verbesserung der deutschen Valuta entstandene Preissturz für Rohstoffe macht diese Hoffnung vorläufig zuschanden. Mit allem Nachdruck muß man sich aber dagegen wenden, daß den Unternehmern, die bisher wahnsinnige Gewinne erzielt haben, ein Abbau der Löhne zugestanden wird, damit sie sich auf diese Weise für etwaige Verluste schadlos halten können. Die Einkommen der Arbeiter und Angestellten müssen im Gegenteil noch wesentlich gesteigert werden, ehe davon die Rede sein kann, daß selbst bei einer Senkung der Warenpreise das Existenzminimum gewährleistet ist. Im übrigen sind die jetzigen Vorgänge auf dem Warenmarkt ein neuer Beweis dafür, daß der Ruf nach „mehr Arbeit", der von den kapitalistischen Kreisen und von der Regierung seit Monaten an die Arbeiter gerichtet wird, Humbug ist. Solange die Unternehmer die Aussicht auf märchenhafte Profite hatten, ließen sie produzieren und stapelten die Waren auf. Jetzt aber, wo die Preise zurückgehen müßten und sie dadurch Verluste zu befürchten haben, wollen sie die Produktion einschränken und die Löhne herunterschrauben. Es zeigt sich wiederum, welche Anarchie in der kapitalistischen Wirtschaft herrscht, und daß es hohe Zeit ist, daß ihr durch sozialistische Maßnahmen ein Ende gemacht wird.

Wer bezahlt die rechtssozialistische Propaganda?

Daß die Rechtssozialisten sich ihre Parteipropaganda etwas kosten lassen, zeigen die Verhältnisse in Ostpreußen. In dem kleinen Landstrich, der aus dem Stadt- und Landkreis Elbing, den Kreisen Stuhm und Rosenberg und Teilen der Kreise Marienburg und Marienwerda besteht, haben sie nicht weniger als sechs angestellte Parteisekretäre. Davon befinden sich allein in der kleinen 17 000 Einwohner zählenden Stadt Marienburg drei. Die Stärke der rechtssozialistischen Organisation in dem genannten Gebiet reicht kaum hin, einen einzigen aus eigener Kraft bezahlen zu können. Im gesamten Ostpreußen verfügen die Rechtssozialisten über 27 Parteisekretäre. Wie die Marienburger Sekretäre selbst erklärt haben sollen, wird ein Teil der nötigen Gelder aus Staatsmitteln gedeckt.

Aehnlich ist es mit der Presse bestellt. In Marienburg erscheint zweimal im Monat in einer Auflage von 15 000 Exemplaren ein rechtssozialistisches Blatt. Gedruckt wird die Zeitung, deren Herstellungskosten mindestens 3000 Mark betragen dürften, im Verlag der „Danziger Volksstimme". „Darf man fragen", schreibt unser Elbinger Parteiblatt, das die Dinge aus nächster Nähe und aus eigener Anschauung kennt, „ob dies rechtssozialistische Blatt vielleicht mit Geldern des Heimatdienstes bezahlt wird? Und darf man fragen, ob die halb bankrotte Danziger „Volksstimme" auf diese Weise vielleicht mit deutschen Staatsgeldern alimentiert wird?"

In der Tat scheint auch uns die Frage berechtigt, ob aus den für Abstimmungszwecke bestimmten Fonds rechtssozialistische Parteiunternehmen flott gemacht werden. Denn es bleibt völlig rätselhaft, wo die immer mehr zusammenschmelzende Partei der Rechtssozialisten die Mittel für ihre Riesenpropaganda hernimmt.

Die Organisation der Betriebsräte.

Eine Erklärung von Paul Lange.

Der „Vorwärts" beschäftigt sich in seiner Morgenausgabe mit dem „stillen, aber erbitterten Kampfe" Afa contra Betriebsrätezentrale", der auf großen Plakaten an den Litfaßsäulen geführt werde. Er benutzt diese Gelegenheit, um einen Bericht zu geben über die Beratungen zwischen der Gewerkschaftskommission und den Vertretern der Rätebewegung aus beiden Lagern über die Form der Betriebsräteorganisation. Nachdem der Bericht über die Sitzung der Gewerkschaftskommission in unserem heutigen Morgenblatt zeigt, wie diese Frage durch einen Beschluß der Gewerkschaftskommission erledigt worden ist, erübrigt sich für uns ein solcher Bericht über die Vorbesprechungen. Der „Vorwärts" ahnt weitere Auseinandersetzungen und wünscht, daß sie in würdiger Form ausgetragen werden möchten. Diesen Wunsch unterstreichen wir gern, und wir möchten mit besonderer Betonung den nachdrücklichen Wunsch hinzufügen, daß er vor allem von den Anhängern unserer Partei im Räte- und im Gewerkschaftslager erfüllt werden möge. Wir haben die Hoffnung, daß das geschieht, weil wir wissen, daß über das Wesen der Rätearbeit und über die hohen Aufgaben der Betriebsräte zwischen beiden Gruppen völlige Uebereinstimmung herrscht. Dann kann es nicht zu schwierig sein, einen Weg zur Verständigung über die Form der Organisation zu finden.

Um aber auch unsere Leser laufend über alle Vorgänge zu unterrichten, geben wir ein uns vom Ortskartell der Afa zugehendes Schreiben wieder, in dem Paul Lange erklärt, daß er zu unrecht auf der Liste der Referenten für die von der Betriebsrätezentrale zum Sonntag einberufenen Versammlung steht. Lange schreibt:

Nächsten Sonntag werden zwei Betriebsräteversammlungen tagen, die der Betriebsrätezentrale und der Afa (Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände).

Von einem Kreise meiner Parteigenossen war ich ersucht worden, bevor die Afa ihre Versammlung einberufen hatte, in der von der Betriebsrätezentrale einberufenen Versammlung ihren Standpunkt über die Aufgaben politischer Arbeiterräte zu vertreten. Nachdem sich herausgestellt hatte, daß diese Rede nach Lage der Sache im wesentlichen eine ablehnende Kritik an der Haltung der Betriebsrätezentrale selbst sein müßte, die ihr Tätigkeitsgebiet immer mehr auf eine Konkurrenz mit den Gewerkschaften einstellt, habe ich es für zweckmäßig gehalten, daß von seiten meiner Partei jemand spricht, den man nicht etwa auf Grund seiner Stellung einer Befangenheit den Gewerkschaften gegenüber verdächtigen kann. Ich habe daher rechtzeitig auf das bestimmteste versichert, daß ich in der Versammlung der Betriebsrätezentrale nicht sprechen werde. Am Donnerstag erschien nun trotzdem auf Grund irgendeines Versehens das Plakat, in dem ich als Redner, und zwar nicht als solcher von meiner Partei, sondern merkwürdigerweise als Gewerkschaftsbeamter genannt werde. Nach dem Plakat hat die Versammlung die Aufgabe, Entwürfe für die Arbeitsordnung mit Richtlinien für Einstellung und Entlassung entgegenzunehmen. Damit nimmt die Betriebsrätezentrale Abschied vom Gedanken des politischen Rätesystems und zieht sich auf den Boden rein gewerkschaftlicher Tätigkeit zurück. Das kann ich weder als Parteigenosse noch als Gewerkschaftsmitglied für richtig halten.

Soweit die Betriebsräte gewerkschaftliche Aufgaben zu erledigen haben, können sie dies nur mit den gewerkschaftlichen Organisationen tun. In diesem Gedanken stimme ich mit der Afa überein.

Für die Verwirrung in der Betriebsrätezentrale zeugt auch die Tatsache, daß der von Däumig herausgegebene „Arbeiterrat, Organ der Arbeiter- und Betriebsräte Deutschlands", jetzt offizielles Publikationsorgan des sogenannten „Freien Angestelltenverbandes" ist. Warum? Offenbar nur, weil dieser Verband kräftig auf die Afa schimpft. Dieser „Freie Angestelltenverband" stellt in einem Flugblatt klar, daß das Kapital niemals nach den Grundsätzen der kommunistischen Lehre auszuschalten sei, sondern, daß eine gerechtere Verteilung der Güter des Produktionsprozesses herbeizuführen ist". Dieser Verband will eine Verschmelzung aller Angestelltenverbände (auch der Blauen und Gelben) herbeiführen und eine eigene Partei aller Angestellten gründen. Dieser Blödsinn wird dann von Däumig und seinen Freunden durch ihre Protektion des „Freien Angestelltenverbandes" als — wahrhaft revolutionär hingestellt.

Berlin, den 6. Mai 1920. (gez.) Paul Lange.

Naturallöhne in Rußland.

Stockholm, 6. Mai.

Der Rat der Volkskommissare hat laut einem Moskauer Funkspruch am 1. Mai eine Bestimmung über Ausgabe des Arbeitslohnes in Nahrungsmitteln erlassen. Dies bezieht sich nur auf die Arbeiter, die die durch den Tarif festgesetzte Zahl der monatlichen Arbeitstage eingehalten haben. Die Bestimmung gilt für die ganze Republik. Einen solchen Lohn erhalten die Schwerarbeiter und Personen, die sich mit geistiger und Bureauarbeit beschäftigen und sich keiner fremden Arbeit bedienen.

Der französische Sozialist Albert Thomas ist zu Verhandlungen über Arbeiterfragen in Berlin eingetroffen.

Die Reichsschulkonferenz ist nunmehr endgültig auf die Zeit vom 11. bis 19. Juni 1920 festgesetzt. Sie wird am erstgenannten Tage vormittags 10 Uhr im Reichstagsgebäude eröffnet werden.

Der Reichsverkehrsminister Bauer hat anläßlich der Uebernahme der Eisenbahnen durch das Reich einen Aufruf an alle Eisenbahnangestellten gerichtet, in dem er sie auffordert, bei der Gesundung des Verkehrs- und Wirtschaftslebens tatkräftig mitzuwirken, wofür er weitgehende Förderung ihrer Wünsche zusagt.

Der Streik der Bankangestellten dehnt sich weiter aus. Außer München und Nürnberg befinden sich Augsburg, Würzburg und Meiningen im Ausstand. Von Freitag an sollen sich weiter noch Ansbach, Aschaffenburg, Schweinfurt, Landshut und andere Städte dem Streik anschließen. Ebenso haben sich die Bankbeamten in den westfälischen Städten dem Streik angeschlossen.

Frauendorffer, Staatssekretär des Reichsverkehrsministeriums. Der bisherige bayerische Verkehrsminister von Frauendorffer ist zum Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium und zum Leiter der Zweigstelle München der Reichseisenbahn ernannt worden.

Lästiger Ausländer. Die schweizerische Zentralstelle für Einwanderung hat, um allen Eventualitäten vorzubeugen, über Kapp die Einreisesperre verhängt.

Hinrichtung eines Zarenmörders. Wie von polnischer Seite halbamtlich mitgeteilt wird, ist der in Warschau vor längerer Zeit verhaftete Zarenmörder Posrednicki an die rote Front gebracht worden, wo er in die Hände der Bolschewiki geriet und erschossen wurde.

Das Große Hauptquartier.

Wir wollen nicht sprechen von den 12 Millionen Toten, die der Weltkrieg gekostet hat. Nicht von den Heldentaten der Armeen oder der unvergleichlichen Führung der deutschen Obersten Heeresleitung, die dem deutschen Volke viereinhalb Jahre den Sieg prophezeite: Darüber schreiben ordensgeschmückte Heerführer und ihre Lakaien, die von den kugelsicheren Stabsquartieren in der Etappe einen besseren Einblick in den nahenden Sieg und die Mentalität der Truppe gewinnen konnten als der gemeine Frontsoldat.

Zu sprechen ist vielmehr von Taten dieser Herren selbst, die wir nicht vergessen dürfen in dieser Hochspannung patriotischen Gemeinschaftsgefühls wegen der Forderung auf Vorgerichtstellung unserer ruhmbedeckten Führer.

Ich lernte es 1916 nur flüchtig in Bad Kreuznach kennen. In Erinnerung blieb mir, daß man in der schönsten Promenade des Kurorts die Jahrhunderte alten Pappeln absägte, damit Wilhelms Auto auch dort spazieren fahren könnte. Dann betrunkene Offiziere aller Grade in Friedensuniformen. Und viel, sehr viel Kokotten. Zu ungeheuren Preisen kauften sie alle Lebensmittel in der Umgebung auf und schickten sie nach Hause. Die Stimmung der hungernden Bevölkerung, früher patriotisch, wurde darnach. Ein paar Offiziere verschwanden. Rom vor dem Untergang: Man spielte, hurte, soff, fuhr Auto, auf Kosten des Volkes. Dafür regnete es Orden. „Unsere unvergleichliche Heeresleitung" hieß es in den Berichten. Die Frontarmee wurde von hier aus hungrig in den Tod gehetzt.

Mehr sagt Dr. Appens in seiner Schrift „Charleville, dunkle Punkte aus dem Etappenleben" (Verlag Gerisch, Dortmund): Das deutsche Volk hat freudig die größten Opfer auf sich genommen. Im Großen Hauptquartier war es gerade das Gegenteil und ist in den späteren Jahren nicht besser, sondern schlimmer geworden. Der kaiserliche Hofstaat verschlang enorme Summen. An der Hoftafel wurde glänzend gelebt . . . . Die Kaiservilla selbst ist nie wieder von deutschen Heeresangehörigen bewohnt worden, so war es vom Kaiser bestimmt worden. Der Größenwahnsinn Wilhelms II. duldete nicht, daß nach ihm ein anderer Sterblicher das Haus bewohnte."

Die Verpflegung.

In der Heimat aß man Steckrüben; an der Front „Drahtverhau" — soweit man nicht Offizier oder Küchenunteroffizier war und den Mannschaften, die Liebesgaben, Fett- und Fleischrationen wegstahl, auffraß oder nach Hause schickte. Anders in den Armeeoberkommandos: „Es gibt nur eine Feldkost" hieß es und Ludendorff illustriert diesen Befehl, wenn er in seinen Kriegserinnerungen erzählt, daß er selbstverständlich besser leben mußte, als die Frontsoldaten, die ja nur ihr Leben täglich einzusetzen brauchten. Dafür mußte Ludendorff auch in schwerer geistiger Arbeit vom Sandsack geschützten Quartier im Kreuznacher Kurhaus täglich Tausende in den Tod hetzen.

Dr. Appens, der Freund des früheren Kronprinzen, weiß über das Treiben des Großen Hauptquartiers in Charleville viel zu erzählen: „In den Schlächtereien mußten die Leckerbissen aus den geschlachteten Tieren ausgelöst werden und wanderten in die Offiziersküchen. Für Mannschaften und Lazarette blieben die Fleischrationen zweiter und letzter Güte. Den Edelsten der Nation sagte die einfache Bauernbutter nicht mehr zu. Deshalb richtete die Heeresverwaltung in Charleville eine Zentralmolkerei ein, um schmackhafte Rahmbutter und vollwertigste Sahne zu schaffen . . . Der Bau kostete 80 000 M. Jedes Kasino hatte seinen eigenen Koch mit dem nötigen Unterpersonal. Alles Leute aus erstklassigen deutschen Hotels. Für Gebäck, Nachspeisen usw. hatten die größeren Kasinos noch je einen Konditor besonders, nur die Brötchen wurden in einer Bäckerei gemeinschaftlich hergestellt. Auch ein besonderes Graubrot ließen sich die Offiziere backen.

Die Offiziere luden sich gegenseitig zu Abend ein. Das waren besondere Gelegenheiten, die Küchenleistungen aufs höchste anzuspannen und vor allen Dingen den Weinkeller. Der Generalstab glich Moloch, dem Nur-Sättlichen. Es genügt an das Ungeheuerliche, was an die Kantinenverwaltungen der Präfektur geliefert werden mußte. Wie ein Nimmersatt kam mir besonders der General Zöllner, der Adjutant des Generalquartiermeisters von Freytag-Loringhoven vor. Ein Leutnant von M. handelte auf Befehl des Generals Zöllner. Wir konnten nicht genug herbeischaffen. Die Ordonnanzen kredenzten alte Südweine als Appetitiv (Appetitanreger), edlen Vordertz zu den Hauptspeisen, Liköre zum Mokka, Sekt und schweren Burgunder bei Beginn der Fidelitas, die nicht selten in wüste Orgien ausartete. In zwei Kasinos der letzten Kriegsjahre trieb mans toller als die flottesten Korpsstudenten bei ihren Kneipen. Entweder stieg den Herren mit dem Wein auch der Größenwahn in den Kopf und sie brüllten Befehle an die schlaftrunkenen Ordonnanzen mit überkippender Stimme in den Morgen hinein oder andere spielten im Kasinogarten Pferdchen wie unsere kleinen in den Kinderstuben. An einem hellen Sommermorgen habe ich gesehen, wie eine Korona von Offizieren kreisförmig um eine Suppenterrine standen und als Nachtgeschirr benutzten. Die Bevölkerung und unsere Soldaten schauten dem Schauspiel zu."

*

Diebstähle.

Das Geld zu diesem Leben mußten die besetzten Städte aufbringen. Unter den nichtigsten Vorwänden wurden Strafgelder von ungeheurer Höhe erpreßt und an die Offiziere verteilt. Als nichts mehr da war, legten sich die Offiziere noch mehr aufs Stehlen als vordem. Es war vor dem Zusammenbruch. „Als Charleville von dem zweiten Kommandanten verlassen war," schreibt Dr. Appens, „brach die Meute los. Keine Formation wollte sich von ihren Zimmer-, Bureau- und Kasinomöbeln trennen. Diplomatenschreibtische, lederne Klubsessel, Teppiche, Fenstervorhänge aus schwerem Plüsch — alles schleppten Lastautos öffentlich, am hellen Tage, zum Bahnhof. Was aus den Quartieren der Offiziere und höheren Beamten gestohlen worden ist, spottet jeder Beschreibung. Die Wäscheschränke waren schon lange leer. Tische, Stühle, Betten, Eßgeschirre, Bestecke und Uhren wanderten noch. Selbst Badeeinrichtungen sind ausgebrochen und mitgenommen worden. Später haben solche Plünderungen immer krassere Formen angenommen. Kunstwerke, seidene Damenkleider, Leibwäsche, alles verschwand schon mit dem Fortgang des Großen Hauptquartiers.

Die nachfolgenden Formationen trieben es noch ärger. Die Kommandanten waren machtlos. Beschwerden der Zivilbevölkerung ohne Erfolg. Die Bürgermeister der beiden Städte ballten eine Faust in der Tasche. Noch in den letzten Monaten des Krieges habe ich erlebt, daß riesige Eichenmöbel aus alten Patrizierhäusern gestohlen worden sind. Gemälde, Spiegel, Klaviere, Familienandenken, nichts war heilig. Die Präfektur bot ein Bild des Grauens. In den weiten Hallen war nicht ein Stuhl mehr zu finden. Von den prachtvollen Doppeltüren hingen die Lederbezüge in Fetzen herab. In vielen Häusern waren Badeund Wasserhähne offen gelassen. In den Zimmern lagen Berge von Abfällen, von menschlichem Unrat und verdorbenen Speiseresten.

Die Einheitsorganisation der Mieter.

In dreitägigen Verhandlungen hat der nach Naumburg einberufene Deutsche Mietertag nach Ueberwindung zahlreicher Schwierigkeiten die Aufgabe gelöst, für Deutschland eine einheitliche Mieterbewegung zu schaffen.

Mietervereine gibt es in Deutschland schon seit Jahrzehnten. Sie führten unter der Führung bürgerlicher Bodenreformer ein stilles, beschauliches Dasein, zählten nur wenig Mitglieder und beschränkten sich auf den Kampf gegen Ausschreitungen wucherischer Hausagrarier, ohne an dem System der kapitalistischen Bau- und Wohnungswirtschaft zu rütteln.

Erst die mit dem Krieg und der allgemeinen Wohnungsnot verbundene Umwälzung im Wohnungswesen, die einen gesetzlichen Mieterschutz notwendig machte, hat eine Mieterbewegung von größerer Bedeutung geschaffen. Besonders in den Großstädten Berlin und Hamburg schloß sich die Arbeiterschaft zu großen Mieterorganisationen zusammen, die infolge der politischen Schulung ihrer Mitglieder den Kern der Wohnungsfrage klarer erfaßten und statt dem Herumdoktern an den Symptomen die Lösung des Problems erreichen wollten durch die Beseitigung des kapitalistischen Systems im Wohnungswesen, durch Sozialisierung des Grund und Bodens und des Wohnungswesens. Diese von sozialistischem Geist erfüllte Mieterbewegung schuf sich ihren organisatorischen Zusammenschluß im Februar d. J. durch die Gründung des Allgemeinen Deutschen Mieterverbandes, der schon bei seinem Entstehen rund 200 000 Mitglieder im ganzen Reiche umfaßte. Die Trennungslinie zu dem alten Mieter-Bund, Sitz Dresden, zog der neue Berliner Verband mit seinen Forderungen der Sozialisierung und der allgemeinen Durchführung des Mieterrätesystems.

Das Nebeneinander- und Gegeneinanderarbeiten zweier Mieterorganisationen hatte die Wirkung, daß dem Einfluß der kapitalkräftigen Grundbesitzerorganisationen auf Regierung und Behörden kein Gegengewicht der Mieterschaft entgegengesetzt werden konnte. Inzwischen hat aber der Mißerfolg der Palliativmittelchen des von Stegerwald versuchten, von Schlicke nach Kräften sabotierten unvollkommenen Mieterschutzes auch in der alten „bürgerlichen" Mieterbewegung einen Umschwung hervorgerufen. Auch diese Bewegung gibt den Widerstand auf gegen die Forderungen der Sozialisierung und des Mieterrätesystems.

So war der Weg frei für die Zusammenfassung aller deutschen Mietervereine, wie sie jetzt auf dem vom Berliner Verband nach Naumburg einberufenen Deutschen Mietertag geschehen ist. In Naumburg begründete Mallwitz-Kiel die Notwendigkeit einer Einheitsorganisation der Mieter in der Hauptsache damit, daß selbst die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung in der Wohnungsfrage ihr Programm vergessen haben, von den Demokraten ganz zu schweigen. Herr Bauer beispielsweise habe sich von Haberland vollständig „einwickeln" lassen und spreche geradezu begeistert von diesem hervorragendsten Vertreter der Bodenspekulation mit seinen „vernünftigen" Ansichten. Eine einheitliche Mieterorganisation müsse darum Regierung und Parlament zur Sozialisierung durch die Mieterräte zwingen, bevor von den patriotischen Hausagrariern der deutsche Grundbesitz mit hohem Valutagewinn an Ausländer verschachert sei.

Gegen die Einheitsorganisation und das Berliner Programm erhoben die Vertreter des Dresdener Bundes keinen Widerspruch. Ein rheinischer Zentrumsmann, der nur den Grund und Boden, nicht aber das Wohnungswesen sozialisieren wollte, blieb allein. Allgemeine Zustimmung fanden auch die Grundsätze, die Dr. Hans Meyer-Berlin für die Neuregelung des Wohnungswesens unter der Herrschaft des kapitalistischen Wirtschaftssystems aufstellte. Er teilt den Mietzins in drei Teile, die Rente, die laufenden Hausausgaben und die Wiederherstellungskosten. Als Rente soll der Vermieter etwa 4 Prozent des Wehrbeitrages erhalten, womit er die Zinslasten decken kann. Die laufenden Hausausgaben sollen von der Mieterschaft aufgebracht, aber auch allein vom Mieterrat verwandt werden. Zu den Hausverwaltungskosten trägt der Vermieter bei. Die normalen Wiederherstellungskosten — nicht die vom Vermieter verschuldeten — trägt die Mieterschaft. So wird der Mietzins unabhängig vom Vermieter festgestellt und der vollständigen Sozialisierung ist dadurch der Weg gebahnt, daß zunächst dem Vermieter nur noch sein Kapital verzinst wird.

Zur Frage der Miet-Einigungsämter wurde einstimmig eine von Wilh-Steglitz begründete Entschließung angenommen, die folgende Forderungen aufstellt: 1. Wahl der Mieterbeisitzer direkt durch die Mieterschaft der Gemeinde. 2. Anerkennung der Mieterräte als Beteiligte vor dem M. E. A. 3. Wiederaufnahmeverfahren bei Entscheidungen, die den Grundsätzen der Mieterschutzgesetzgebung widersprechen.

Neumann-Pankow sprach über die Mietssteuerfrage. Er begrüßte unter dem Beifall der Versammlung die Ablehnung der ersten unsozialen Regierungsvorlage. Er begründete einen Entwurf, der die Inhaber kleiner Wohnungen steuerfrei läßt, dafür aber die über den notwendigen Wohnungsbedarf hinaus vorhandenen Luxuswohnräume in starker Progression kräftig besteuert. Es müssen Sicherungen geboten werden, daß der Ertrag dieser Steuer ausschließlich zur Schaffung neuer Wohnungen, nicht aber als Prämien für private Bauunternehmer verwandt wird. Der Mietertag stimmte diesen Forderungen zu.

Der neugeschaffene „Bund deutscher Mietervereine" hat zunächst noch seinen Sitz in Dresden, die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin. Die Organisation umfaßt über 250 000 Einzelmitglieder.

Reichstags-Kandidaten für Mecklenburg-Lübeck.

Die Bezirkskonferenz der U. S. P. D. stellte folgende Kandidaten für die Reichstagswahl auf: Dr. Joseph Herzfeld-Berlin, Karl Roß-Lübeck, Frau Luise Zietz-Berlin, Herbert Ratenburg-Schwerin, Hermann Necker-Rostock, Wilhelm Sengpiel-Fürstenberg, Hans Fuchs-Schwerin. Die Kandidaten mußten sich zur Anerkennung folgenden Beschlusses verpflichten: Abgeordnete haben ihr Mandat niederzulegen, wenn der Parteitag für Mecklenburg die Mandatsniederlegung mit einfacher Stimmenmehrheit von dem betreffenden Abgeordneten verlangt.

Rechtssozialistische Kandidaten.

Die Münchener Rechtssozialisten schlagen für die Reichstagswahl an erster Stelle den früheren Minister Auer vor, sowie Frau Pfuel, Fritz Gruber und an vierter Stelle den Postsekretär Wolf, den gemaßregelten zweiten Vorsitzenden der Bayerischen Beamtengewerkschaft.

Die rechtssozialistische Kreiskonferenz für Hanau-Gelnhausen bestimmte den bisherigen Abg. Gustav Hoch wieder zum Reichstagskandidaten.

Verdreifachung der Kohlensteuer?

Es ist das Kennzeichen der Steuergesetzgebung der gegenwärtigen Regierung, daß sie dauernd Steuern beschließt, die eine Verteuerung des Produktionsprozesses zur Folge haben und durch die letzten Endes eine starke Belastung der Verbraucher herbeigeführt wird. Das gilt sowohl von der Umsatzsteuer, als auch von den andauernden Erhöhungen der Eisenbahn- und Posttarife, vor allen Dingen aber von der Kohlensteuer. Sie besteht seit einiger Zeit in Höhe von 20 Prozent und hat naturgemäß neben den dauernden Preissteigerungen für die Kohle einen wesentlichen Teil der Schuld, daß die Verteuerung der Waren so großen Umfang erreicht hat.

Bereits seit seiner großen Finanzrede Ende des vergangenen Jahres hat Erzberger eine neue Erhöhung der Kohlensteuer angekündigt. Wie jetzt mitgeteilt wird, steht dieser Plan vor seiner Verwirklichung, und zwar soll die Steuer verdreifacht, also von 20 auf 60 Prozent erhöht werden. Da der Durchschnitt des Steinkohlenpreises heute einschließlich der 20-proz. Erhöhung 200 Mark beträgt, so würde sich der Preis der Kohle bei Erhöhung der Steuer auf 60 Prozent auf 256 Mark stellen, ganz abgesehen von der Erhöhung des Preises für die Kohlen selbst, die von den Großindustriellen weiter betrieben wird.

Die Folge dieses unerhörten Planes wäre, daß Lebensmittel und Mieten eine neue Steigerung erfahren müßten, daß alle Industrieprodukte teurer würden, die Lebenshaltung der Massen aber noch schlechter und daß sie gezwungen wären, um sich vor der Verelendung zu schützen, den Kampf um Erhöhung der Löhne und Gehälter mit größerer Entschiedenheit als bisher aufzunehmen. Die Absicht der Regierung auf Erhöhung der Kohlensteuer ist ein Teil ihrer verfehlten Wirtschaftspolitik, die, anstatt auf die Verbilligung der Produktion hinzuarbeiten, eine Sicherung der Riesengewinne der Großindustriellen zur Folge gehabt hat.

Gewerkschaftliches.

Verschärfung des Binnenschifferstreiks.

Die Arbeitgeber lehnen Verhandlungen ab.

Der Reichsarbeitsminister hat dem Verband der Binnenschiffer mitgeteilt, daß seine Bemühungen, Verhandlungen zustande zu bringen, gescheitert sind. Der Arbeitgeberverband lehnt jedes Zugeständnis ab und beruft sich auf den Vertrag. Dieser Vertrag hat natürlich weder eine rechtliche noch eine moralische Grundlage, denn die Organisationen hatten zum mindesten keine genügende Vollmacht, denn über zwei Drittel der Schiffsmannschaften waren nicht bei ihnen organisiert.

Aber auch die Mitglieder des Transportarbeiter-Verbandes und des Verbandes der Maschinisten und Heizer sind geschlossen mit in den Streik getreten und protestieren somit gegen den Vertrag, der eine Verschlechterung ihrer Verhältnisse bedeutet.

Wie der Reichsarbeitsminister noch mitteilt, lehnten der Transportarbeiter-Verband und der Zentralverband der Maschinisten und Heizer es ebenfalls ab, mit dem Verband der Binnenschiffer an den Verhandlungstisch zu erscheinen.

Dies ist einfach unbegreiflich, nachdem zwischen den Organisationen Einigungsverhandlungen angebahnt sind. Es scheint, als ob die Arbeitsgemeinschaft höher gestellt wird, als das Allgemeinwohl, denn der Streik zieht immer weitere Kreise.

Die Schiffsmannschaften, welche bisher bereit waren, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn die Zusicherung der Vertragsrevision gegeben würde, haben nunmehr beschlossen, und zwar in den Hauptstreikorten, die Arbeit nicht früher aufzunehmen, bis die Verhandlungen über die strittigen Punkte abgeschlossen sind.

Das Ergebnis der Betriebsrätewahlen bei den Berliner Großbanken.

Wie uns mitgeteilt wird, hat die Angestelltenschaft der Deutschen Bank, Diskontogesellschaft, Dresdner Bank, Darmstädter Bank, Commerzbank, Reichsbank sich bei den in der letzten Aprilwoche stattgefundenen Betriebsrätewahlen mit erdrückender Mehrheit für die Liste des gewerkschaftlichen Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten entschieden. Auf den Verband entfielen bei der Wahl der Angestelltengruppen 10 557 Stimmen (86 Sitze), während der Deutsche Bankbeamten-Verein es nur auf 3255 Stimmen (14 Sitze) gebracht hat. Die Arbeiter-Vertreter gehören restlos dem Verbande an. In dem Wahlresultat kommt die tiefgehende Erbitterung der Angestelltenschaft des Bankgewerbes über ihre wirtschaftlich schlechte Lage deutlich zum Ausdruck. Gleichzeitig bedeutet dieser Wahlausfall die Quittung an die Bankleitungen für ihre wenig entgegenkommende Haltung in der Tariffrage. Die Wahlen in der Mitteldeutschen Creditbank und der Nationalbank für Deutschland finden später statt.

Lohnbewegung im Speditionsgewerbe. Durch die bürgerliche Presse wird eine Nachricht verbreitet, wonach die Rollkutscher Forderungen gestellt haben, die außer einem Wochenlohn von 300 Mark noch eine Beschaffungsbeihilfe von 750 Mark bis zu 25 000 Mk. verlangen. Die Absicht ist zu durchsichtig. Damit kann man im Wahlkampf wieder gegen die Begehrlichkeit der Arbeiter loszetern. In Wirklichkeit wird keine Beschaffungsbeihilfe, auch nur 275 Mk. Wochenlohn verlangt. Diese Forderung ist in Anbetracht der zu leistenden Arbeit sicherlich nicht unbescheiden.

Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin teilt mit: Eine immer größere Inanspruchnahme des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin veranlaßte die Geschäftsführung sämtliche Spruchkammern in Arbeiter- und Angestelltensachen außerhalb des derzeitigen Dienstgebäudes Schlegelstraße 2 in nur zeitweise gemieteten Räumlichkeiten von Hotels und Gasthäusern tagen zu lassen. Zu dieser Maßnahme zwang die schon längst vorhandene Unzulänglichkeit der Diensträume für den Geschäftsbetrieb des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin. Um Verzögerungen sowie unliebsame Störungen bei den Verhandlungen vorzubeugen, werden die geladenen Parteien sowie auch die Beisitzer ersucht, alle schriftlichen und mündlichen Benachrichtigungen und Anfragen nur direkt an den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, Berlin N 4, Schlegelstr. 2, Fernsprecher: Norden 12200—12206 zu richten, von wo aus dieselben sofort an die zuständige Stelle weiter geleitet werden.

Groß-Berlin.

Höllenqualen im Untersuchungsgefängnis.

Wahre Hungerkuren mußten die im Moabiter Untersuchungsgefängnis untergebrachten Gefangenen durchmachen. In der Verzweiflung waren einige von ihnen auf den Gedanken gekommen, sich durch Flucht aus dem Gefängnis von ihren Leiden zu befreien. Die Flucht mißlang aber, und einige der Gefangenen hatten sich nunmehr wegen Meuterei vor Gericht zu verantworten. Vor Gericht führten die Angeklagten lebhafte Klage über die Ernährungsverhältnisse im Untersuchungs-Gefängnis, die geradezu unmenschlich gewesen seien. Ein Gefängnis sei allerdings kein Luxusrestaurant, aber die Ernährung müsse doch wenigstens so sein, daß nicht 80 vom Hundert der Untersuchungsgefangenen den Hungertod sterben. Wochenlang habe es Pferderüben, in Wasser gekocht, gegeben, viele Untersuchungsgefangene hätten sich aus den mit menschlichen Exkrementen gefüllten Kübeln Speisereste herausgesucht und verzehrt. Auf Befragen der Verteidiger bestätigte ein Gefangenenaufseher, daß Wasielewski in 14 Tagen über 20 Pfund an Gewicht abgenommen habe. Das Gericht sah sich angesichts dieser geradezu haarsträubenden Zustände veranlaßt, die niedrigste gesetzliche Strafe in Anwendung zu bringen und verurteilte zwei Angeklagte zu sechs Monaten Gefängnis, während ein Dritter freigesprochen wurde.

Ginge es nach dem Rechtsempfinden des Volkes, dann müßte die Gefängnisverwaltung bestraft werden.

Neuerungen im Ringbahnverkehr sieht der diesjährige Sommerfahrplan der Eisenbahndirektion Berlin vor, die einen völlig neuen Fahrplan der Vollringzüge zur Folge haben. Die bisherigen Fahrpläne, die die Vollringzüge von der einen Südringhälfte auf die andere überleiteten, übertrugen Unregelmäßigkeiten, die bei dem schlechten Lokomotivmaterial unvermeidlich waren, fast unmittelbar von der einen auf die andere Hälfte des Südringes. Die neue Fahrordnung macht beide Hälften voneinander unabhängig, so daß selbst, wenn auf der einen Richtung eine Störung vorliegt, sie sich nicht auf die andere Hälfte übertragen kann. Auf der Ringbahn sind stündlich sechs Züge in jeder Richtung vorgesehen, die vom Potsdamer Ringbahnhof um 7, 17, 27, 37, 47 und 57 Minuten jeder vollen Stunde in der Richtung Neukölln—Stralau—Rummelsburg—Nordring, und um 2, 12, 22, 32, 42 und 52 jeder vollen Stunde in der Richtung Halensee—Westend—Nordring abfahren und dort nach einer Stunde 50 Minuten Fahrzeit wieder eintreffen. Auch der Ausgleich zwischen verspätet kurz hintereinander aus gleicher Richtung kommender Züge ist vorgesehen, so daß sich Verspätungen der Züge alsbald aufheben. Infolge der Neuordnung erhält der Potsdamer Ringbahnhof sogenannten Richtungsbetrieb, und zwar werden die Züge nach Tempelhof von der linken, östlichen Bahnsteigseite, die Züge nach Westend von der rechten, westlichen Bahnsteigseite des Ringbahnsteigs abfahren, so daß ein Einsteigen in den falschen Zug dort nunmehr zur Unmöglichkeit wird.

Ein Wohnungsbrand entstand gestern abend im Hause Ankerstraße 36. In der Wohnung des Arbeiters Otter war durch Explosion einer Spiritusflamme Feuer ausgebrochen, durch das die 18jährige Tochter Anna in Lebensgefahr geriet. Sie wurde mit schweren Brandwunden in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Durch die tatkräftige Hilfe der Hausbewohner konnte das Feuer vor Eintreffen der Feuerwehr gelöscht werden. Das Zimmer brannte vollständig aus.

Vermißt wird seit dem 9. April der 21 Jahre alte Eduard Woylas aus der Pankstraße 48. Er hat sich am vormittag zum Arzt begeben. Von diesem Gang ist er nicht mehr zurückgekehrt. Er war bekleidet mit grauschwarz-gestreifter Hose, braunem Paletot, grauem Velourhut. Zweckdienliche Angaben erbitten die Eltern nach obengenannter Adresse.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend. Ziemlich kühl und veränderlich, überwiegend bewölkt mit wiederholten Regenfällen und frischen südwestlichen Winden.

Aus den Organisationen.

3. Distrikt. Montag, den 10. d. M., abends 7 Uhr, Schulaula, Mittenwalder Str. 34, Gründung einer Jugendsektion. Alle über 14 Jahre alten Jugendlichen, auch deren Eltern und Angehörige, werden um pünktliches Erscheinen gebeten.

12. Distrikt. Sonnabend, 7 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung, Abteilungsführer 6½ Uhr bei Hoffmann, Lychener Straße 8.

Sonntag, 10 Uhr, Flugblattverbreitung von allen Zahlabendslokalen aus.

Teltow-Beeskow. Sonnabend nachmittag von 5 Uhr an für alle Ortsvereine von Groß-Berlin Empfangnahme von Flugblättern im Bezirksbureau, Neukölln. Dieselben müssen bis Montag abend verbreitet werden.

Vereinskalender.

Der Arbeiter-Eltern-Bund (Gruppe Moabit) veranstaltet jeden Sonntag Kinder-Ausflüge. Sonntag, den 2. Mai, Ausflugsort Saatwinkel. Treffpunkt 8 Uhr Kl. Tiergarten, Kriegerdenkmal. Mitzubringen Verpflegung bis abends, Trinkbecher und 25 Pf. (nicht mehr Geld), ohne Kopfbedeckung.

Sozialistische Proletarierjugend, Gruppe Osten. Heute, Freitag wichtige Mitgliederversammlung (Wahlen) in der Königsberger Straße 7, Beginn pünktlich 7½ Uhr.

In den nächsten Tagen erscheint:

Das Reichswahlgesetz

mit

Wahlkreiseinteilung und Wahlordnung

Erläutert von Emil Eichhorn

Bestellungen, insbesondere von den Organisationen umgehend erbeten. Sie werden nach der Reihenfolge des Einganges erledigt.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit", Abt. Buchhandlg., Berlin C 2, Breite Straße 8.9.

So war es überall: deutsche Kultur!

Jetzt regt sich ganz Deutschland über den Grußerlaß auf, den französische und belgische Okkupationstruppen im Rheinland erlassen haben. Und doch ist er nichts als eine getreue Kopie früherer deutscher Befehle in Frankreich und Belgien. Jeder männliche Einwohner mußte damals beim Nahen eines deutschen Offiziers das Trottoir verlassen und durch Abnehmen der Kopfbedeckung seine Achtung zeigen. Dann kamen die Zwangsdeportationen. Mit Reitpeitschen wurden die Abschiednehmenden auseinandergetrieben; Frauen und Kinder verkamen bei der schweren Arbeit zu Tausenden. Von der Plünderung der Fabriken wollen wir schweigen; es würde zu weit führen.

Das französische und belgische Volk haßt das alte Deutschland mit Recht. Die Revolution brachte keine Reformation der Gesinnung. Man haßt uns weiter: Ich verstehe es.

*

Gefängnis.

Von den militärischen Strafkompagnien weiß ich nichts. Aber als sich am Ende des Krieges die Gefängnisse mit Deserteuren füllten, fand auch ich mich eines Tages im Militärgewahrsam Berlin, Dircksenstraße, wieder. Mit Fußtritten empfingen mich die Aufseher, alte Unteroffiziere, wie jeden andern. Von dem wenigen Essen wurde ein erheblicher Teil von ihnen gestohlen. Dann sah ich, es war am 20. August 1918, wie ein Leutnant in der Wachstube unter Assistenz einiger Unteroffiziere einen Arrestanten, der aus Verzweiflung einen Selbstmordversuch gemacht hatte, mit Fußtritten gegen Leib und Kopf ganz erledigte. Die Anzeige, die ich nach der Revolution an die Militärbehörde richtete, ist bis heute noch nicht beantwortet.

*

Es war nicht die Tatsache des Krieges allein, unter der wir litten. Mehr als die Geschosse peinigte uns die Bestialität, Feigheit und Eigensucht jener, die uns Vorbild und Führer sein sollten. Jeder Soldat erlebte Aehnliches. So reifte unser gemeinsamer Haß bis zur Revolution. Vergessen wir jetzt nicht die ideellen und materiellen Verwüstungen, die unsere „Führer" am eigenen und fremden Volksgut verübten. Vergessen wir nicht die einst im Soldatentod geballte Faust mit der wir Vergeltung schworen. E. L.

Bekanntmachung,

betreffend die Auslegung der Reichstagswählerlisten in Berlin.

Nach der Bestimmung des Herrn Reichsministers des Innern sollen die Wählerlisten für die Wahlen zum Deutschen Reichstage 8 Tage lang, und zwar

vom 9. bis einschließlich 16. Mai 1920

zu jedermanns Einsicht öffentlich ausliegen.

Wir geben hiervon der Berliner Bevölkerung mit dem Hinzufügen Kenntnis, daß die Auslegung an den genannten Tagen, und zwar:

an den Wochentagen von mittags 12 Uhr bis abends 7 Uhr,

an den beiden Sonntagen und am Himmelfahrtstage von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 5 Uhr

in den am Schluß dieser Bekanntmachung aufgeführten 96 Auslegestellen erfolgen wird. Die Aufstellung der Wählerlisten ist nach dem Wohnungsstande von Mitte April 1920 erfolgt. Wahlberechtigt ist jeder deutsche Reichsangehörige männlichen und weiblichen Geschlechts, der

a) am Wahltage,

dem 6. Juni 1920,

das 20. Lebensjahr vollendet hat, also am 6. Juni 1900 oder früher geboren ist,

b) nicht entmündigt ist und nicht unter Vormundschaft oder Pflegschaft steht,

c) sich am Wahltage nicht im Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte befindet.

Für Militärpersonen ruht das Wahlrecht, desgleichen für am 6. Juni 1920 in Haft befindliche Personen.

Wer die Wählerlisten für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies binnen 8 Tagen nach dem Beginn der Auslegung, also bis spätestens 16. Mai 1920, schriftlich anzeigen oder unseren in den Auslegestellen anwesenden Beamten mündlich zu Protokoll erklären, muß aber die Beweismittel für die Richtigkeit seiner Behauptungen, soweit diese nicht auf öffentlicher Kenntnis beruhen, beibringen.

Zur Begründung einer nachträglichen Aufnahme in die Wählerliste ist — abgesehen von etwa sonst noch erforderlichen Urkunden — entweder der Mietvertrag, die letzte Steuerquittung, die Geburtsurkunde oder die polizeilich bescheinigte Wohnungsanmeldung vorzulegen.

Um eine glatte Abwicklung der Auslegung der Listen zu ermöglichen, wird empfohlen, mit der Einsichtnahme nicht bis zum letzten Auslegungstage zu warten.

Verzeichnis der Auslegestellen für die Reichstagswählerlisten 1920.

Lfd. Nr.	Für die Stadtbezirke	Auslegestelle	Straße
1	1—12	Turnhalle der 24. Gemeindeschule	Hinter der Garnisonkirche 2.
2	13—20 und 22—25	Deutscher Dom	Eingang Taubenstraße.
3	21 und 26—30	Aula der 44./27. Gemeindeschule	Wilhelmstraße 117.
4	31—38	Turnhalle der 157./164. Gemeindeschule	Derfflinger Straße 18a.
5	39—43	Turnhalle des Falk-Realgymnasiums	Lützowstraße 84c
6	44—47 B	Aula der 99. Gemeindeschule	Steinmetzstraße 79.
7	48 A—49 und 56 B	Turnhalle der 22./173. Gemeindeschule	Pallasstraße 15.
8	50—56 A	Turnhalle der 105./150. Gemeindeschule	Tempelhofer Ufer 20.
9	57—61 B	Turnhalle der 116./108. Gemeindeschule	Hagelbergerstraße 34.
10	62—65	Turnhalle der Arndt-Realschule (Nr. 6)	Belleallíancestraße 80.
11	66 A—68	Turnhalle des Friedrichs-Realgymnasiums	Mittenwalder Straße 84/87.
12	69—74	Turnhalle der 28./217. Gemeindeschule	Wilmsstraße 10.
13	75 A—76 B	Turnhalle der 188./149. Gemeindeschule	Bergmannstraße 28/29.
14	76 C und 78 A—C	Turnhalle der 168./192. Gemeindeschule	Dieffenbachstraße 51.
15	77A u. B, 79 u. 87—88	Turnhalle der 83./93. Gemeindeschule	Dieffenbachstraße 60/61.
16	80—81, 84—86 und 89	Turnhalle der 106./152. Gemeindeschule	Britzer Straße 17/18.
17	90—94	Turnhalle der 68./50. Gemeindeschule	Reichenberger Straße 44/45.
18	82, 83 und 95—98	Turnhalle der 20. Gemeindeschule	Waldemarstraße 77.
19	99—104	Turnhalle der 46. Gemeindeschule	Lausitzer Platz 9.
20	105—106 und 107 B	Turnhalle der 114./122. Gemeindeschule	Cöpenicker Straße 2.
21	107 A, 108 A—109	Turnhalle der 177./191. Gemeindeschule	Görlitzer Straße 51.
22	110—112 A	Turnhalle der 100./102. Gemeindeschule	Reichenberger Straße 67/70.
23	112 B—113 B	Turnhalle der 232./219. Gemeindeschule	Glogauer Straße 12/16.
24	114—118	Turnhalle der II. Hilfsschule	Brandenburgstraße 78/79.
25	119—125	Turnhalle der 4./5. Gemeindeschule	Alte Jakobstraße 127.
26	126—132	Turnhalle des Viktoria-Lyzeums	Prinzenstraße 51.
27	133—137	Turnhalle der 62. Gemeindeschule	Schmidstraße 33.
28	138—144	Turnhalle der 29. Gemeindeschule	Cöpenicker Straße 125.
29	145—149	Turnhalle der V. Hilfsschule	Blumenstraße 77.
30	150—154	Turnhalle der 12./64. Gemeindeschule	Krautstraße 49.
31	155—160	Turnhalle der 185./137. Gemeindeschule	Friedenstraße 81.
32	161—165	Turnhalle der 38. Gemeindeschule	Krautstraße 48.
33	166, 168—170	Turnhalle der 18. Gemeindeschule	Koppenstraße 84.
34	167 A—E	Turnhalle der 220./255. Gemeindeschule	Naglerstraße 8.
35	171—175 A	Turnhalle der 52./71. Gemeindeschule	Fruchtstraße 38.
36	175 B—177 B	Turnhalle der 180./119. Gemeindeschule	Gubener Straße 53.
37	177 C—177 F	Turnhalle der 96./87. Gemeindeschule	Bromberger Straße 13/14.
38	178 A—179 A	Turnhalle der 81./109. Gemeindeschule	Tilsiter Straße 4/5.
39	179 B—180 A u. 180 D	Turnhalle der 271./258. Gemeindeschule	Eckertstraße 16.
40	180B u. C u. 181D u. H	Turnhalle der 203./3. Gemeindeschule	Petersburger Straße 4.
41	181 A, B, E und F	Turnhalle der 268./278. Gemeindeschule	Frankfurter Allee 37.
42	181 C, G, J und K	Turnhalle der 57. Gemeindeschule	Frankfurter Allee 271.
43	182—188	Turnhalle der 88./66. Gemeindeschule	Friedenstraße 16.
44	189A, D, F, 198 C u. H	Turnhalle der 257./294. Gemeindeschule	Boxhagener Straße 40.
45	189 B, C und 190 C	Turnhalle der 218. Gemeindeschule	Petersburger Platz 8.
46	189 E, 190 B, E, F	Turnhalle der 243./267. Gemeindeschule	Hausburgstraße 20.
47	190A, D, G, 191, 192 B, 193 D und 198 G	Turnhalle der 104. Gemeindeschule	Paul Heysestraße 8.
48	192 A, 193 B, E, F	Turnhalle der 239./296. Gemeindeschule	Christburger Straße 7.
49	193 A, 194 A—194 C	Konferenzzimmer der 121. Gemeindeschule	Prenzlauer Allee 228.
50	195—200	Turnhalle d. VI. Pflichtfortbildungsschule	Georgenkirchstraße 11.
51	201—208	Turnhalle des Sophien-Realgymnasiums	Steinstraße 29/34.
52	209—213	Turnhalle der 8./83. Gemeindeschule	Gipsstraße 23a.
53	214—217	Turnhalle der 1. Gemeindeschule	Koppenplatz 12.
54	218—223	Turnhalle der Hecker-Realschule (Nr. 2)	Weißenburger Straße 4a.
55	224—229	Aula der 158./154. Gemeindeschule	Zehdenicker Straße 17/18.
56	230—234	Konferenzzimmer der 89. Gemeindeschule	Schwedter Straße 232.
57	235—240	Turnhalle der 25. Gemeindeschule	Ruppiner Straße 48.
58	241—242 C	Turnhalle der 162./197. Gemeindeschule	Danziger Straße 23.
59	243 A—245	Turnhalle der 110./174. Gemeindeschule	Schönhauser Allee 166a.
60	246 A—247 A	Turnhalle der 249./261. Gemeindeschule	Greifenhagener Str. 58/59.
61	247 B—247 F	Turnhalle der 209./205. Gemeindeschule	Dunckerstraße 65/66.
62	248 A—D	Turnhalle der 286./298. Gemeindeschule	Scherenbergstraße 7.
63	249 A—249 C u. 249 G	Turnhalle der 42./275. Gemeindeschule	Driesener Straße 22.
64	249 D—249 F u. 250 B	Turnhalle der 51./304. Gemeindeschule	Schönfließer Straße 7.
65	250 A, C, D und E	Turnhalle des Luisenstädt. Gymnasiums	Gleimstraße 49.
66	251—253 u. 254 B u. D	Turnhalle der 182./142. Gemeindeschule	Demminer Straße 27.
67	254 A, C und E	Turnhalle der 190./108. Gemeindeschule	Graunstraße 11.
68	255—258	Turnhalle der 67./18. Gemeindeschule	Ackerstraße 28a.
69	259—261 B	Turnhalle der 260. Gemeindeschule	Bernauer Straße 89/90.
70	261 C—266	241./250. Gemeindeschule, Zimmer 1 part.	Wattstraße 16.
71	267—270	Turnhalle des Humboldtgymnasiums	Gartenstraße 25, Eingang Bergstraße 58.
72	271—274 B	Turnhalle der 111./188. Gemeindeschule	Pflugstraße 12.
73	275—278	Turnhalle der 245./244. Gemeindeschule	Bankstraße 20/22.
74	279—283	Turnhalle des Friedrichsgymnasiums	Albrechtstraße 27.
75	284 A—C und 288 B	Einfahrtshalle der 18. Realschule	Schleswiger Ufer 14.
76	285—287 C	Turnhalle der 187. Gemeindeschule	Gerhardtstraße 5.
77	288 A, 289 u. 290 A—C	Turnhalle der 281./268. Gemeindeschule	Bochumer Straße 8.
78	291 A—C und 292 C	Turnhalle der 222./216. Gemeindeschule	Rostocker Straße 32.
79	292 A, B, D und 293 A	Turnhalle der 206./212. Gemeindeschule	Siemensstraße 20.
80	293 B—294 B	Turnhalle der 41./242. Gemeindeschule	Wiclefstraße 53/54.
81	295—298 A	Turnhalle des Dorotheen-Lyzeums	Wilhelmshavener Straße 2.
82	298 B—301	168./182. Gemeindeschule, Erdgeschoß, Zimmer 3 (Schriftzimmer)	Quitzowstraße 115.
83	302—304	Turnhalle der 100./188. Gemeindeschule	Stephanstraße 8.
84	305—307	Turnhalle der 183./196. Gemeindeschule	Müllerstraße 158/159.
85	308 A, C, D und F	Turnhalle der 265./285. Gemeindeschule	Tegeler Straße 18/20.
86	308 B, E, 309, 310 D	Turnhalle der 53./300. Gemeindeschule	Ostender Straße 39/40.
87	310 A, B, C, E u. 311 C	Turnhalle der 6. Gemeindeschule	Lütticher Straße 4.
88	311 A, B, D, 312	Turnhalle der 262./276. Gemeindeschule	Schöningstraße 17.
89	313, 323 A und B	Turnhalle der 308. Gemeindeschule	Schulstraße 118/124.
90	314 A—C	Turnhalle der 278./291. Gemeindeschule	Utrechter Straße 30/31.
91	314 D—316	Turnhalle der 75. Gemeindeschule	Antonstraße 36/41.
92	317—319 B	Turnhalle der 118./127. Gemeindeschule	Bankstraße 17.
93	320 A—C	Zimmer 16 der 225. Gemeindeschule	Böttgerstraße 18.
94	321 A—322	Turnhalle der 45./311. Gemeindeschule	Straße 4a.
95	323 A—324	Turnhalle der 206./283. Gemeindeschule	Gotenburger Straße 2.
96	326 A—D	Turnhalle der 224./229. Gemeindeschule	Christianiastraße 36/39.

Berlin, den 4. Mai 1920. **Magistrat.** Mermuth.

(Q.-Nr. 603 Wahl 20.)

Geschäftsführer gesucht!

Derselbe muß mit der Mieterbewegung vertraut sein und für Vertretungen vor dem Amtsgericht und Mietseinigungs-Amt befähigt sein. Meldungen mit Gehaltsansprüchen an Mieterverband, Gruppe Charlottenburg „Spree“, Reuchlinstraße 1.

Soeben neue Nummer erschienen!

Der Sozialist

Unabhängige sozialdemokrat. Wochenschrift

Herausgegeben von

Dr. Rud. Breitscheid

Abonnements vierteljährlich 10 Mk. Einzelnummer 1 Mk. Bestellungen sind aufzugeben bei der nächsten Postanstalt, bei den Spediteuren der „Freiheit“ oder in der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9.

W. A. d. K.

Montag, d. 10. 5., abds. ½8 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Kliem, Hasenheide.

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht kauft höchstzahlend **Ingenieurbureau Schlichting.** Berlin W 9, Linkstraße 10. Tel.: Lützow 3705 und 8818.

Altmetalle

Kupfer, Messing, Zinn, Zink und Blei, auch Platin, Gold- und Silberbruch kauft höchstzahlend **Metall-Einkauf Zentrale** Kottbuser Damm 66 Mpl. 13550.

Frauenhaar! zu höchst. Tagespreisen kauft **Haarhandlung Prinzenstr. 96.** bis 5 Uhr. Aufkäufer gesucht.

Zeitungspapier

gebündelt, kaufe trotz des täglichen Preissturzes bis 10. Mai

Kilo 1.40 M.

— Fernruf Humboldt 81 — Jeder Posten wird abgeholt. Produktenhandlung F. Weiß, Prinzen-Allee 19.

HöchstePreise zahlt für neue **Spiralbohrer, Holzschrauben, Schmirgelleinen** Müller, Neue Königstraße 38 (Alexanderpl.)

Inserate für die Abend-Freiheit müssen spätestens bis **10 Uhr vormittags**, für den darauffolgenden Tag bis **4 Uhr nachm.**, Sonnabends b. **2 Uhr nachm.** bei der Expedition Schiffbauerdamm 19 eingeliefert sein

FREIE WELT ILLUSTRIERTE WOCHENSCHRIFT DER **USPD**

Die **Freie Welt** ist die illustrierte Wochenschrift des revolutionären Proletariats. Sie verwendet das Bild als Waffe gegen unsere Feinde.

Die **Freie Welt** hat eigene Zeichner, Photographen. Sie bringt aktuelle Bilder aus dem Leben und Kämpfen des internationalen Proletariats.

Die **Freie Welt** bringt regelmäßig Bilder und Beiträge zur Bekämpfung und Bloßstellung des Militarismus und des Noskesozialismus.

Die **Freie Welt** berücksichtigt in jeder Nummer die Interessen der Frau und des Hauses.

Die **Freie Welt** bringt in jedem Heft: die Romanfortsetzung, eine Erzählung, Gedichte, Kunstbilder, Karikaturen des In- und Auslandes.

Die **Freie Welt** bringt: Winke für die Hausfrau, Koch- u. Sparrezepte, Bilder und Artikel über Sport, Gesundheitswesen, Jugenderziehung, Bildungsbestrebungen usw.

Die **Freie Welt** ist die beste deutsche illustrierte Wochenschrift. Selbst die politischen Gegner anerkennen ihre große Arbeit für Kultur und Volksaufklärung.

Die **Freie Welt** erscheint einmal wöchentlich mit dem Datum vom Sonnabend. Preis: Einzelheft 50 Pf., vierteljährlich 6.50 Mk; bei direktem Bezug vom Verlag unter Kreuzband 7,50 Mk.

Verlagsgenossenschaft Freiheit e. G. m. b. H., Abt. Buchhandel. Berlin C2, Breite Str. 8-9.

Prozesse, Rat, Beistand, mäß. Preis, Teilzahlung. Ehe-, Alimente-, Strafsachen, Gnadengesuche. Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach-Gesellsch. (gen. Tietz) 9-2. Über. Erfolge. **Alexanderstr. 45.** Beobacht. Mitw. namh. Juristen. Sonntag 10—12 Vertragenssachen!

Aus erster Hand

reell. dreiteilig. Matratzen 120.—, Feldbettst. 70.—, Chaiselongue (Friedensbezug) 300.—, Metallbettst., Reformmatratzen prima, allerbilligst. **W. Reinecke, SW 47,** Katzbachstraße 28.

Annahme in allen Speditionen des Verlages

KLEINE ANZEIGEN

Geschäftsstelle: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19

Das Ueberschriftswort 2.— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto; Stellengesuche: Ueberschriftswort 1.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.— M.

Verkäufe

Piston billig zu verkaufen, Charlottenburg, Guerickestr. 11, IV l.

Gardinenverkauf Deutsch, Landsberger Straße 13.

Gardinenverkauf Fenster 65 Mark, Tüllbettdecken, Stores, Diwandecken, Bettbezüge, Laken. Admiralstraße 4 I.

Gardinen. Stickware, Fenster 45 Mk., Schalgardinen 75.—, Künstlergardinen 125.—, 150.—, 175.— aufwärts. Gr. Auswahl in Tüllbettdecken, Stores, Portieren, ferner Steppdecken, Tischdecken, Diwandecken, Teppiche usw. konkurrenzlos billig. Gelegenheitskäufe Gormannstraße 1 (Ecke Weinmeisterstraße).

Bessere Anzüge, fertig und nach Maß, spottbillig, in eigener Werkstatt gearbeitet. Russ, Wilhelmstr. 40a, Kochstraßenecke.

Genossen, Sie sparen 200 Mark und noch mehr bei Ankauf eines Anzugs bei Burgher, Britzer Straße 20, vorn II, Hochbahn Kottbuser Tor. Reinwollene Kammgarnanzüge, Cutaways, Covertcoats, gestreifte Hosen, stets große Auswahl.

Brunnen, Sauger, Drahtgeflecht, Handwagen verkäuflich Lichtenberg, Pfarrstr. 45.

Lieferwagen verkauft Bogatzki, Christburgerstr. 50.

Möbel

Schlafsofa verkauft Schumann, Oranienburger Str. 26.

Chaiselongues, 150.— bis 600.—, Metallbetten 250.— bis 2000.—, weiße Schlafzimmer Melcke, Auguststr. 32a, Ough.

Stub- und Küche, gut erhalten, Mk. 2100, sofort verkauft Huttenstraße 6, Laden.

Rehfeld, Baustr. 34, große Auswahl in kompletten Schlafzimmern, neu und gebraucht, von 1900.—, zirka 30 Küchen alle Farben, von 450.—, Wohn- und Speisezimmer nur Gelegenheitskäufe. Kleiderschränke und Vertikos von 240.—, Plüschsofas, neu und gebraucht, Waschtoiletten, Tische und Stühle, Trumeaus in jeder Preislage. Versand nach außerhalb.

Küchen billiger, bis Pfingsten Ausnahmepreise. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Gelegenheitskäufe. Kleiderspinde, Vertikos, Trumeaus, engl. Bettstellen, moderne Küchen, Sofas, Ruhebetten, Schreibtische und ganze Wirtschaften verkauft preiswert Goldmann, Danziger Str. 50.

Seiten billig! Schlafzimmer, helleiche, nußbaum, 120-160 breiter Spiegelschrank, Wohnzimmer, Speisezimmer, Sofa Umbauten, Küchen. Petersburger Str. 41. Zahlungserleichterung.

Kaufgesuche

Goldbruch und Silberbruch, Uhren, Wertsachen kauft höchstzahlend Schubert, Baerwaldstraße 53.

Metalle kaufen, auch kleine Posten, neue erhöhte Preise, Hentschel & Stephan, Metallgießerei, Dresdener Str. 80.

Zahngebisse, Platin, Goldbruch und Silberbruch, Edelsteine, Schmucksachen kauft Edelmetallschmelze, Blumenstraße 88.

Kaufe höchstzahlend Kupfer, Messing, Rotguß, Blei, Eisen, Papier. Produkten-Handlung, Artilleriestraße 16.

Leitungs-, Spulen-, Dynamodrähte, Kabel und Litzen kauft Bramhorst, Franzstr. 15 (Schmid-Annenstr.) Mpl. 1480.

Kupferleitungen, Kabel, Litzen, Motore kauft zu den höchsten Preisen Elektrobüro Lange Straße 27 I, nicht Keller, Ecke Andreasstr. Alex. 3939.

Maschinen-Schrauben kauft O. Zorn, Schliemannstr. 9

Elektromaterial, Glühlampen, Fassungen, Schalter kauft laufend Häntschel, Fennstr. 55, Hof II.

Kaufe Tafelleim 33.—, Schellack 100.—, Schallplatten, Wachswalzen. Höchstpreis. Ankaufsstelle Neukölln, Juliusstraße 59.

Leim kauft jeden Posten Bitzer, Handelstraße 14 v. IV.

Leim kauft stets Siebold, Blumenstraße 74.

Kaufe Tafelleim, Schellplatten Günther, Türkenstr. 21.

Pinsel, Schellack, Leim, Benzin sowie sämtl. Materialien kauft Schmidt & Wehner, Fehrbelliner Str. 24.

Roßhaare, Bindfäden, Möbelstoffe, Sattlergarn kauft Tapezier-Werkstatt Oranienburger Straße 17.

Grammophonplatten Stück bis 12.75, jeden Posten kiloweise höchstzahlend, Walzenbruch. Einkaufszentrale Culmstraße 28, Hochbahnhof Bülowstraße.

Entlassungssachen, Militärstiefel, Preisangabe, kauft Struby, Bardelebenstraße 3.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer! Kauft zu konkurrenzlosen Preisen, Adolf Lebitzki, Kommandantenstr. 45.

Schnellaufbohrer, neu, kauft zu höchsten Tagespreisen Morgenstern, nur Lichtenberg, Gärtnerstraße 13, Alex. 5273.

Höchste Preise für Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Werkzeuge, sämtliche Maschinen, Göhler, Schillingstraße 36, Alex. 2468.

Elektro-Materialien, Draht, Litzen, Kabel, Motoren, Dynamodrähte u. Glühlampen kauft höchstzahlend Einkaufs-Zentrale, Pennstraße 52, Am Weddingplatz. Moabit 6984.

Konkurrenzlose Höchstpreise f. Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Holz-, Schloß- und Maschinen-Schrauben, Feilen, Werkzeuge, Bosch-Magnete und -Kerzen etc. Anders, Gr. Frankfurter Str. 101.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Gewindebohrer, Naturstahl, Feilen kauft jeden Posten Jungnick, Prinzenstraße 5, Moritzplatz 14318.

Spiralbohrer! Schmirgelleinen, Feilen, Werkzeuge und Motore kauft zu konkurrenzlosen Preisen Maschinen- u. Werkzeugvertrieb, Sickingenstr. 85, Ecke Beusselstraße.

Ausnahmepreise für Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Holzschrauben, Maschinenschrauben zahlt Lanzke, Belle-Alliance-Straße 94.

Spiralbohrer sowie sämtliche Werkzeuge kauft zu konkurrenzlosen Preisen Willy Berlin, Turmstraße 19.

Spiralbohrer bis 300 %, Schmirgelleinen, Holzschraub., Schloß- u. Maschinenschrauben zahlt Schmidt, Köpenicker Straße 98 b, Stadtb. Jannowitzbrücke.

Boschkerzen, Magnete, Zenith, Pallasvergaser, Motoren und Autozubehörteile kauft Brandt, Schlesische Str. 12, Moritzplatz 1484.

Spiralbohrer jeden Posten, zu konkurrenzlosen Preisen kauft Werkzeughandlung, Reinickendorfer Str. 68.

Kugellager. Spiralbohrer, Feilen, Fräser, Werkzeuge, Schmirgelleinen, Holz-, Schloß- u. Maschinen-Schrauben sow. Nägel, Boschmagnete u. Boschkerzen kauft dauernd jeden Posten zu höchsten Preisen Zigarrengeschäft Gubener Straße 36, Tel. Kgstdt. 3778.

Spiralbohrer, Werkzeuge und Schmirgelleinen kauft Werkzeughandlung Luisenufer 18.

Ueber Höchstpreise zahle ich für **Spiralbohrer** aus Schnell- und Werkzeugstahl, Gewindebohrer, Holzschrauben und Maschinenschrauben, Feilen, Schmirgelleinen, sämtliche Werkzeuge. P. Halter, Landsberger Str. 85. Kgst. 9378.

Spiralbohrer, höchstzahlend, Eckert, Reinickendorfer Straße 60. v. I.

Kugellager. Spiralbohrer. Werkzeuge, Feilen, Fräser, Holz-, Schloß- und Maschinenschrauben, Schmirgelleinen, Hammer, Zangen, Nägel sowie sämtl. Elektro-Artikel, Boschmagnete, Boschkerzen usw. kauft dauernd jeden Posten zu den höchsten Preisen, nur neu. Schlosserei Oberbaumstr. 40, Tel. Kgstdt. 783.

Spiralbohrer kauft höchstzahlend, jeden Posten, Liebenwalderstr. 7, Laden.

Kugellager, Spiralbohrer, Holzschrauben, Schmirgelleinen, neue Werkzeuge kauft Zeumer, Hussitenstr. 44, v. IV.

Parallel-Schraubstock kauft Fechke, Grenadierstr. 3

Verschiedenes

Achtung Brautleute! Ein Dukaten-Trauring 900 gestempelt 140 Mark, 585 " 95 ", 333 " 60 ". Jede Größe ist vorrätig. Eigene Fabrik für Trauringe. Ankauf von altem Bruch, Gold und Silber sowie Uhren und Brillanten. Albert Thal, Neue Grünstraße 25 (Spittelmarkt).

Fahrräder

Fahrradankauf. Motorräder, Schreibmaschinen höchstzahlend. „Brückner“, Gitschiner Straße 78.

Herrenfahrrad, Gummibereifung 310.—, Damenfahrräder billigst! Budow, Hasenheide 88.

Mietgesuche

Jg. ordentl. Handwerker sucht frei. **Logis** eventl. mit Verpflegung. Zuschr. Preisangabe an Lange, Berlin, Bredowstr. 4

Unterricht

Richtiges Deutsch sprechen, schreiben lehrt Erwachsene abends erfahrener Sprachlehrer „Postlagerkarte 497“, Briefpostamt C2.

Ansiedelungen

Wandlitz, nahe Bahnhof, Quadratrute 20 Mark, 100 Mark Anzahlung. Hülsen, Steglitz, Vionvillestraße 11. Fernsprecher Steglitz 2894.